

Skylink- Terminalerweiterung Flughafen Wien: Politik reagiert auf Rechnungshofbericht

WIEN - Wie erwartet reagierten die Oppositionsparteien auf den nun vorliegenden Rechnungshofbericht mit massiver Kritik an den Verantwortlichen. Der RH- Bericht soll gravierende Mängel bei der Projektabwicklung des neuen Skylink- Terminals aufzeigen, u.a. bei der Projektplanung, Kostenkontrolle und Bauaufsicht. Kritisiert werden auch die Erfolgsprämien und Höhe der Vorstandsbezüge. Der Inhalt des Berichts liegt öffentlich noch nicht vor.

So fordert Maria Vassilakou, Clubchefin der Wiener Grünen die sofortige Offenlegung des RH- Berichts vor dem Stadtsenat: "Es darf in Sachen Skylink keine Vertuschung geben, ich befürchte, dass die SPÖ vor hat, das Debakel bis zum 10. Oktober unter den Tisch zu kehren".

Vor dem Hintergrund der Wiener Landtagswahl im Herbst übten auch die Rechtsparteien heftige Kritik. BZÖ- Spitzenkandidat Walter Sonnleitner verlangt eine lückenlose Aufklärung der rot- schwarzen Verantwortung des Skylink- Debakels.

'Entsetzt' zeigte sich FP- Landespartei sekretär Hans- Jörg Jennewein über die 'Unverfrorenheit' der SPÖ mittels eines parteinahen PR- Beraters die skandalöse Entwicklung am Airport Wien 'schönfärben' zu wollen. FP- Vizeparteiobmann Norbert Hofer verlangt die sofortige Ablöse des für das Finanzdesaster hauptverantwortlichen Vorstandssprechers Herbert Kaufmann.

Unerwartet forsch tritt auch die mitverantwortliche ÖVP auf. So verlangt der Klubobmann der Wiener VP die Einberufung eines Sonderausschusses: "Die SPÖ muss dieses Debakel in ihrem Einflussbereich lückenlos aufklären. Bürgermeister Michael Häupl (Anm.: SPÖ) muss nun noch vor der Wahl am 10. Oktober Fakten, Daten und Zahlen auf den Tisch legen und endlich Licht ins Dunkel bringen. Wir werden ihn nicht aus dieser Verantwortung entlassen. Immerhin stellt die SPÖ mit Herrn Kaufmann den Vorstandssprecher des Flughafens."

Unerwähnt ließ Tschirff, dass die ÖVP im Frühjahr 2009 ihren projektverantwortlichen Vorstand Christian Domany rechtzeitig aus der Schußlinie nahm und durch den NÖ- Landeshauptmann- Stellvertreter Ernest Gabmann ersetzte.

Eher lakonisch, die Reaktion der SPÖ: Die Ursachen der Bauverzögerung müssen auf Basis der geltenden Gesetze aufgeklärt werden, für eine konzertierte Wahlkampfpolemik der vereinten Oppositionsparteien sei da kein Platz, so Sigi Lindenmayr, Vorsitzender des Wiener SPÖ- Landtagclubs.

Nach der offiziellen Übergabe des Berichts an den Flughafen Wien und die Haupteigentümer, zu je 20 Prozent die Stadt Wien und das Land Niederösterreich, hat die FWAG (Flughafen Wien) nun einen Monat, die Eigentümer drei Monate Zeit sich zu dem Bericht zu äussern.